

Presse-Erklärung

7. Juli 2009

0,7 Prozent für Klima-Entwicklung!

green energy against poverty fordert: Die Staats- und Regierungschefs müssen sich beim bevorstehenden Klimagipfel in Kopenhagen verpflichten, von allen zusätzlich generierten Geldern 0,7 Prozent an erfahrene, spezialisierte NGOs zur Verfügung zu stellen, die damit ihre Graswurzelarbeit im Süden für Erneuerbare Energien und Klimaadaptation finanzieren. „Dies ist ein Gebot internationaler Solidarität und Klimagerechtigkeit“, sagt Georg Amshoff, Vorsitzender von *green energy against poverty*. „Das lange versprochene, kaum je erreichte 0,7 Prozent-Ziel der UN muss wenigstens für die ‚frischen‘ Gelder gelten!“

0,7 Prozent aller neuen Klima-Gelder für Entwicklung!

Hintergrund:

Klimaschutz ist teuer. Um Maßnahmen wie Technologietransfer oder Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu bezahlen, werden Gelder generiert – durch CO2 Emissionszertifikate, Transferzahlungen, etc. Das sind zusätzliche Gelder, die in erster Linie den vom Klimawandel am meisten Betroffenen zu Gute kommen müssen – den Menschen in den Ländern des Südens.

Die „öffentliche“ Entwicklungshilfe von Staaten und Organisationen wie der Weltbank krankt trotz ihrer unbestreitbaren Erfolge oftmals an einem grundlegenden Problem: eine Kooperation zwischen Staaten ist manchmal zu eng verstrickt in die Interessen der Empfängerstaaten. Korrupte Regime oder Regierungen mit zweifelhafter demokratischer Legitimation haben aber nicht nur die selbstlose Förderung der Ärmsten im Sinn; die Klientel der Einflussreichen wird bevorzugt, bürokratische Hindernisse und Schmiergeldzahlungen fordern ihren Tribut. Bei den Ärmsten kommt kaum etwas an, denn ein Großteil der Gelder versickert vorher. Doch gerade die Ärmsten sind für ihren bescheidenen Energiebedarf auf Erneuerbare Energien angewiesen.

Die Vereinten Nationen fordern seit vielen Jahren, daß die reichen Nationen 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe an die armen Länder zur Verfügung stellen. Nur wenige Länder haben dieses Ziel erreicht – die deutsche Bundesregierung z.B. hat die Erreichung immer wieder verschoben, inzwischen auf das Jahr 2015. So lange können weder die Armen warten, noch die sich aufbauende internationale Klimakatastrophe. Wir fordern deshalb:

Wenn schon in der „regulären“ Entwicklungspolitik dieses alte Ziel der internationalen Solidarität nicht eingehalten werden kann, dann muß es wenigstens für die „neuen“ Gelder gelten! Wegen ihrer manchmal zweifelhaften Interessen darf dieses Geld nicht in die staatliche Entwicklungshilfe fließen, sondern direkt an erfahrene NGOs, die im Süden mit den Menschen zusammen konkrete Projekte an der Graswurzel umsetzen. Auch die internationale Lobby-Arbeit von NGOs zu Klimawandel und Entwicklung muß gefördert werden. Denn NROs können kleine, bürgernahe Projekte besser implementieren als die internationale EZ, und damit wirkungsvollere Arbeit leisten.

Über *green energy against poverty*:

Wir finanzieren und implementieren Projekte an der Schnittstelle von Klimawandel und Armutsbekämpfung: Biogas-Anlagen ersetzen Feuerholz und entlasten damit die Wälder, Solarzellen laden Akkus in Lampen und Kleingeräten, Mikro-Wasserkraft ermöglicht Kleingewerbe und schafft Einkommensquellen. Kontakt: mail@greenap.org